



Konzern-
verantwortung

KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier:innen
Sondersession 2026

- **Bundesrat startet Vernehmlassung zum Gegenvorschlag**
- **Gegenvorschlag erfasst weniger Unternehmen als geltendes Recht**
- **Diese Konzerne aus dem Hochrisiko-Sektor fallen durchs Raster**
- **Offener Brief an Bundesrat lanciert**



Bundesrat startet Vernehmlassung zum Gegenvorschlag

Der Bundesrat hat Anfang April 2026 die Vernehmlassung für ein neues Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung (NUFG) eröffnet, als indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Der Bundesrat orientiert sich in seiner Vorlage an den EU-Bestimmungen (CSDDD und CSRD nach Omnibus). Er schlägt vor, dass Konzerne ab 5'000 Mitarbeitenden und 1,5 Milliarden CHF Umsatz von den Sorgfaltspflichten betroffen sein sollen.

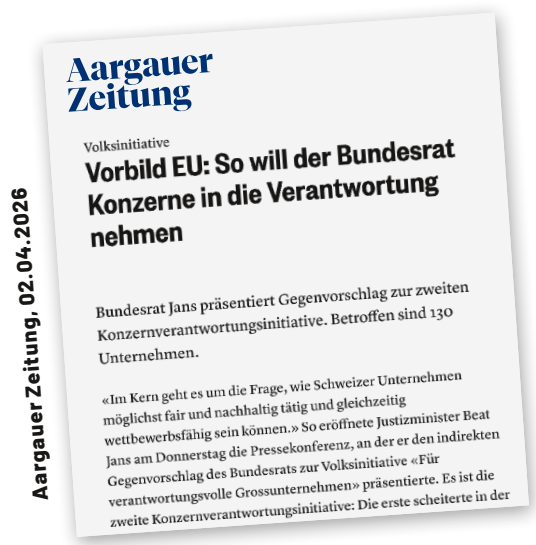
Schweiz unter Zugzwang

Mit der Inkraftsetzung der überarbeiteten EU-Richtlinie zu Konzernverantwortung (CSDDD) im März 2026 sind die EU-Staaten verpflichtet, diese bis Juli 2028 in nationales Recht zu überführen. Somit wird ab dann fast ganz Europa über verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen verfügen. Es gilt jetzt, den Rückstand der Schweiz aufzuholen. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich: Immer wieder geraten multinational tätige Unternehmen mit Sitz in der Schweiz in die Kritik wegen Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung.

Risikobehaftete Rohstofffirmen mit Milliarden-Umsätzen nicht betroffen

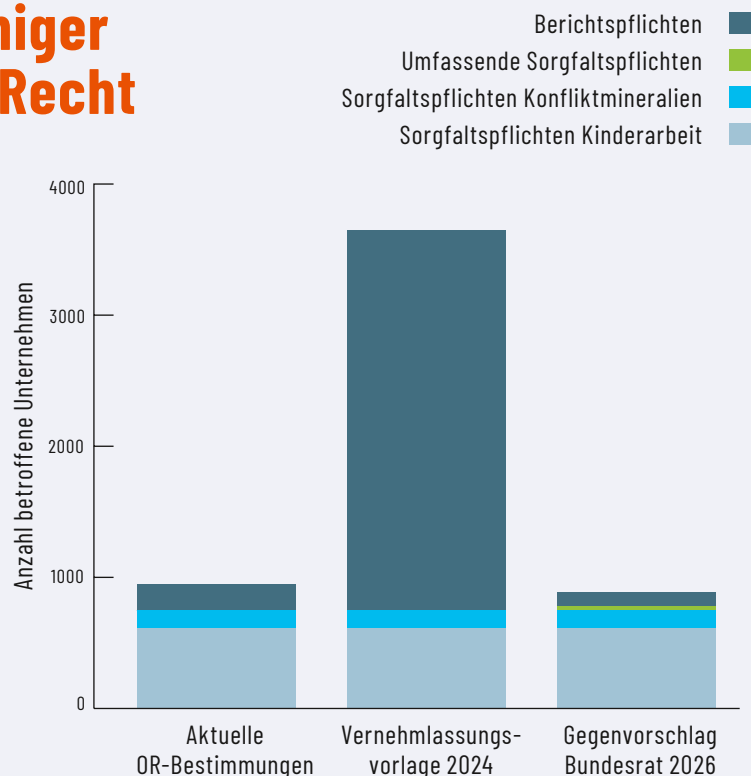
Zentral ist, dass die Regeln wirksam sind und Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltzerstörung tatsächlich

verhindert werden. Problematisch ist daher, dass der Rohstoffhandel – ein zentraler Sektor der Schweizer Wirtschaft – faktisch vom Vorschlag des Bundesrats ausgenommen wird. Viele Rohstoffhändler erzielen zwar milliardenhohe Umsätze, beschäftigen jedoch vergleichsweise wenige Mitarbeitende und würden die vorgesehenen Schwellenwerte nicht erreichen. Es ist zentral, dass der Bundesrat hier nachbessert und auch den nachweislich risikobehafteten Schweizer Rohstoffsektor in die Pflicht nimmt.



Gegenvorschlag erfasst weniger Unternehmen als geltendes Recht

Die heute geltenden OR-Bestimmungen zu Berichterstattungspflichten betreffen rund 200 Unternehmen. Die geltenden Sorgfaltspflichten zu Kinderarbeit und Konfliktmineralien betreffen heute zwischen 300 und 1'200 Unternehmen (dargestellt in der Grafik ist der Mittelwert von 750 Unternehmen). Beide Bestimmungen bildeten den Gegenvorschlag zur ersten Konzernverantwortungsinitiative. Der Bundesrat hat 2024 eine Vernehmlassungsvorlage präsentiert, die ca. 2'900 Unternehmen verpflichtet hätte, Nachhaltigkeitsberichte vorzulegen. Im nun vom Bundesrat vorgelegten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative würden die Schwellenwerte, die Unternehmen erfüllen müssen, um von den Pflichten erfasst zu sein, massiv erhöht. Neu würden insgesamt sogar weniger Unternehmen unter die Sorgfalts- und Berichtspflichten fallen als heute.



Quellen: RFA CSRD BSS 2024 / RFA CSDDD BSS 2026

Diese Konzerne aus dem Hochrisiko-Sektor fallen durchs Raster

Die Schweiz ist ein bedeutender globaler Rohstoffhandelsplatz und hat damit eine besondere Verantwortung für den Schutz vor Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in diesem risikobehafteten Sektor. Doch viele dieser Konzerne fallen beim Gesetzesvorschlag des Bundesrats durchs Raster.

Beispiele sind die Rohstoffhändler IMR und IXM oder der Ölhandelskonzern Gunvor. Trotz Milliarden-Umsätzen müssten sie mit dem bundesrätlichen Vorschlag weiterhin keine Konsequenzen für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung befürchten.

Vom Bundesrat im Gegenvorschlag vorgeschlagene Schwellenwerte:

BR

5000

Mitarbeitende weltweit

1,5 Mia.

CHF Umsatz



IMR

Rohstoffhandel
Sitz: Zug

4000

Mitarbeitende weltweit

2,4 Mia.

CHF Umsatz

IMR ist massgeblich an einer Kohlemine mitten im Regenwald von Borneo beteiligt. 15'000 Hektar tropischem Regenwald droht dadurch potenziell die Rodung, vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten sind in Gefahr.



Mehr Informationen:



IXM

Metallhandel
Sitz: Genf

450

Mitarbeitende weltweit

20 Mia.

CHF Umsatz

Im Auftrag des Genfer Metallhandelskonzerns «IXM» schmolz das kanadische Unternehmen «Dundee Precious Metals» in Namibia über Jahre stark arsenhaltiges Kupfererz. Im September 2024 wurde die Schmelzerei abgestossen. Zurück bleiben rund 300'000 Tonnen hochgiftiges Arsentrioxid. Deponiert ist es über einer Grundwasserquelle, die für das gesamte Land bedeutsam ist.



Mehr Informationen:



GUNVOR

Energiehandel
Sitz: Genf

2000

Mitarbeitende weltweit

108 Mia.

CHF Umsatz

Verschiedene Schweizer Rohstoffkonzerne (darunter auch Gunvor) verkaufen stark schwefelhaltige Treibstoffe (sog. Dirty Diesel), die in Europa längst verboten sind, weil sie extrem gesundheitsschädlich sind, weiterhin in afrikanische Länder.



Mehr Informationen:



Stefan Müller-Altermatt
Nationalrat Die Mitte (SO)
und Initiativkomiteemitglied

«Zentral ist, dass die Regeln wirksam sind und Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verhindert werden. Dabei muss auch der Hochrisikosektor Rohstoffhandel berücksichtigt werden.»



Beat Flach
Nationalrat glp (AG)
und Initiativkomiteemitglied

«Alle EU-Länder setzen bis 2028 verbindliche Konzernverantwortungsstandards um. Bleibt die Schweiz regulatorisch zurück, riskiert sie Wettbewerbsnachteile für ihre Unternehmen. Es gilt deshalb, die Gesetzgebung so weiterzuentwickeln, dass gleich lange Spiesse gewährleistet sind.»



Giorgio Fonio
Nationalrat Die Mitte (TI)
und Initiativkomiteemitglied

«Menschenrechte sind nicht optional - auch nicht im Sport! Deshalb ist es wichtig, dass auch grosse Sportverbände in der Schweiz, die viele Milliarden umsetzen, Massnahmen ergreifen müssen, um Menschenrechtsverletzungen in ihren Tätigkeiten zu verhindern.»

Offener Brief an Bundesrat lanciert

Die neue Konzernverantwortungsinitiative wurde im Januar 2025 lanciert und in Rekordzeit von tausenden Freiwilligen gesammelt. Für die Koalition für Konzernverantwortung ist klar: Die Schweiz braucht ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz. Dafür muss auch der Hochrisikosektor Rohstoffhandel berücksichtigt werden. Mit einem offenen Brief an den Bundesrat fordern zahlreiche Unterstützer:innen, dass die Lücken im Gegenvorschlag geschlossen werden.

Weitere Informationen:



IMPRESSUM

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 100 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG

Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern
031 390 93 36 / info@konzernverantwortung.ch
www.konzernverantwortung.ch

